

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelszeile oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt.; Reklame-Kolonelszeile 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Noch keine Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien.

Paris, 10. Oktober. Der Genfer Korrespondent des Temps teilt mit, die vier Mitglieder des Völkerbundsrats, die mit der Vorlage des Berichtes über die Teilung Oberschlesiens beauftragt seien, der belgische, brasilianische, chinesische und japanische Delegierte, würden ihre Arbeit ununterbrochen fortsetzen. Gestern, Sonntag, seien sie zweimal zusammengetreten. Die zweite Sitzung habe bis 3 Uhr morgens gedauert, indessen habe ein vollständiges Einvernehmen unter den vier Mitgliedern nicht hergestellt werden können. Die Vorlage des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfs im Völkerbundsrat hätte heute vormittag stattfinden sollen. Sie sei auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerbundsrat habe sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt, er werde am Mittwoch unter dem Vorsitz von Bicomte Jhli zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Viererkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Rate zwecks Teilung Oberschlesiens „zu empfehlende Lösung“ einigen. Das Gutachten des Völkerbundsrates werde telegraphisch dem Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, mitgeteilt werden.

Paris, 10. Oktober. Das Journal des Debats veröffentlicht offenbar aus amtlicher Quelle folgende Mitteilung: Die englische und die französische Regierung haben absolut keine Kenntnis von den Beratungen des Vierer Rates, der mit der Festlegung der Grenzlinie in Oberschlesien beauftragt ist. Die in dieser Frage veröffentlichten Mitteilungen beruhen auf feinerster Grundlage.

Botschafter Sthamer nach Berlin berufen.

Berlin, 10. Oktober. (D.N.) Wie die Dena von zuverlässiger Stelle erfährt, hat der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rosen, veranlaßt durch die heutzutage Gerüchte über Oberschlesien, den Londoner Botschafter Sthamer zur Berichterstattung nach Berlin zu berufen. Botschafter Sthamer traf gestern hier ein, konferierte im Laufe des Tages längere Zeit mit dem Reichsaussenminister und hat sich am Abend wieder auf seinen Londoner Posten zurückbegeben.

Beratungen der Reichsregierung.

Berlin, 11. Oktober. Der Reichskanzler Dr. Brüning ist gestern abend gegen 10 Uhr von seiner Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt. Zu heute vormittag ist eine Kabinettsitzung anberaumt worden, in der das ober-schlesische Problem und die aus der Entscheidung sich ergebenden Folgen beraten werden sollen. In dieser Sitzung wird der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen über seine Besprechung mit dem deutschen Botschafter in London, Sthamer, berichten. Nach einer andern Version soll sich das Reichskabinet bereits gestern abend unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers über das ober-schlesische Problem beraten haben.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch zusammentreten, um über die ober-schlesische Frage zu beraten.

Die Berliner Presse zur Lage.

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die heutzutage nachrichten über die Zukunft Oberschlesiens, die den Reichskanzler veranlassen, vorzeitig nach Berlin zurückzukehren, werden in der Presse eifrig besprochen. In einer Meldung heißt es, daß die Gefahr einer Teilung Oberschlesiens noch nicht behoben sei, es sei jedoch auch möglich, daß man veruche, ihr zu entgehen. Durchaus nicht für ausgeschlossen halte man eine Neutralisierung des Industriegebietes. Man könne sich auch als Endergebnis der Genfer Beratungen vorstellen ein Uebergangsregime im Industriegebiet unter autonomer Verwaltung des Völkerbundes.

Die Freiheit greift die Bemerkung des Reichskanzlers heraus, daß man mit Warschau noch nicht zu einer Verständigung kommen könne und sagt, daß die Bestimmungen auf diesem Gebiet nicht ausschließlich auf polnischer Seite liegen. Die deutsche Regierung habe es unterlassen, rechtzeitig mit den östlichen Nachbarstaaten wirtschaftliche Verhandlungen anzubahnen. Den Polen wurde immer die kalte Schulter gezeigt, und so unterläßt man systematisch die Kreise in Warschau, die das einzige Heil für ihr Land in der engsten Anlehnung an Frankreich erblickten. Viel Schuld trage daran der frühere Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, aber auch nach seinem Rücktritt habe sich nichts geändert und wer den Dingen auf den Grund gehe, der werde vermutlich auch in diesem Falle auf die ganz unzureichende Besetzung wichtiger Posten im Auswärtigen Amt stoßen. „Sagen wir es rund heraus, das Referat für die Ost-Situation scheint uns in den ungeeignetsten Händen zu liegen. Seinem Inhaber fehlt zumindest der Blick für die Notwendigkeiten und die Tatsache, daß jetzt derjenige von seinen Beamten, der sich um die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen insbesondere zu Sowjetrußland mit anerkanntem Eifer bemüht hat, von seinem Platze weichen muß, trägt nicht gerade dazu bei, das Vertrauen in den Chef zu erhöhen. Immer wieder muß die Frage aufgeworfen werden, wann endlich einmal im Außenministerium die große Reinigung vorgenommen wird, die Minister kommen und gehen, die Personalschefs wechseln, aber

es bleibt alles beim alten. Als Dr. Rosen sein Amt antrat, wurde uns Anerkennung in Aussicht gestellt, aber auch Herrn Rosen scheint die notwendige Kraft zu fehlen, denn die Einsicht sollte er doch wohl besitzen, daß die besten Absichten, die eine Regierung in ihrer auswärtigen Politik verfolgt, scheitern müssen, wenn das mit ihrer Ausführung vertraute Personal entweder aus Mangel an gutem Willen oder der nötigen Fähigkeit versagt.“

Auf die Rückwirkung einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien auf die Stellung des Kabinetts Wirth macht der Vorwärts aufmerksam. Er sagt, die Sozialdemokratie stehe mit einigen einsichtsreichen bürgerlichen Politikern in Verteidigungstellung zum Schutz der Regierung Wirth und ihrer bisherigen Politik. Sie sei von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und im Rücken bedroht durch die Entscheidung in Oberschlesien. Ob sie imstande sein werde, ihre Stellung zu halten, werde auch von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Falls diese ungünstig ausfalle, wie man in Berlin besürchte, so würde sie sich nicht verhehlen, daß dann die Zukunft schwer im Dunkel vor uns liege.

Eine Delegation deutscher Arbeiter in London?

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend soll, wie das Berliner Tageblatt hört, eine Abordnung von deutschen Arbeitervertretern nach London gereist sein. Die Reise sei durch die alarmierenden Nachrichten über den Stand der ober-schlesischen Frage veranlaßt.

Polnischer Terror in Oberschlesien.

Kattowitz, 11. Oktober. Am Sonnabend trafen in Beuthen 70 deutsche Männer aus Friedenshütten ein, die durch Bedrohungen von den Polen zur Flucht gezwungen worden waren. Auch aus Bismine und andern Ortschaften sind deutsche Flüchtlinge nach Beuthen gekommen.

Verbot der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Berlin, 10. Oktober. Die interalliierte Militärkommission in Opatowitz hat die Deutsche Allgemeine Zeitung für die Zeit vom 11. bis 25. d. M. verboten. Eine Begründung für diese Maßregel hat die Kommission nicht gegeben.

Neue Putschpläne in Oberschlesien?

Die Dena bringt Meldungen über einen neuen unmittelbar bevorstehenden Polenputsch in Oberschlesien. Eigentlich hätte er am Sonntag bereits beginnen sollen. Auf Grund von Verhandlungen im Hotel Komnig in Beuthen, die naturgemäß hinter verschlossenen Türen geführt wurden, soll der Beginn des Losschlages auf den 12. und 15. Oktober verlegt worden sein. Die Dena berichtet von einer Anzahl Vorgängen, die den Beweis für das unmittelbare Losschlagen erbringen sollen. Es sind Meldungen, die das Produkt jener Psychosen sind, die sich immer einstellen, wenn politische Situationen sich zu besonderer Schärfe verdichten, wie Mobilisationen, Patrouillengänge, Einreise von Insurgenten. Die man überall wittert, ist und die Gefahr neuer polnischer Putsche nicht von der Hand zu weisen ist, so ist es immerhin bemerkenswert, daß sich diese Nachrichten immer dann zu einer besonderen Gefahrenquelle verdichten, wenn die Entscheidung unmittelbar vor der Tür steht. Es ist daher verdächtig, daß die Dena — eine von der Regierung inspirierte Korrespondenz — gerade in diesen Tagen dieser Angelegenheit ihr besonderes Augenmerk widmet, wo die Verhandlungen in Genf in Schwierigkeiten geraten. Will man etwa in dieser Weise einen Druck auf die bevorstehende Entscheidung ausüben? Das wäre eine recht zweifelhafte Methode.

Von einigem Interesse ist folgende Meldung:

Beuthen, 10. Oktober. (Dena.) Hier ist ein Schriftstück aufgefunden worden, das besondere Anordnungen für die polnischen Insurgenten enthält. Danach ist sämtlicher Schriftverkehr in deutscher Sprache zu führen. Dienstregel und Kopfstempel dürfen nur bei Ausweisen benutzt werden. Dagegen muß jeder andere Schriftverkehr mit der Abkürzung SS. (Selbstschutz) versehen werden. Die bisher gültigen Bednamenzettel sind der polnischen Kampforganisation zu entziehen. Dafür zeichnet jetzt die polnische Kampfgruppe Nord mit Reinhardt, die polnische Kampfgruppe Süd mit Strachwitz, die Kampfgruppe Mitte mit Lütowitz. Unterzeichnet ist dieses Schriftstück mit dem Namen Hofer. Dieses Schriftstück ist ein Beweis dafür, daß von polnischer Seite der Versuch gemacht wird, den neuen Putsch auf alle Fälle den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

Es könnte schließlich auch der Beweis dahin sein, daß bei den eventuell bevorstehenden neuen Putschaktionen die deutschen Freikorpsleute die Hand im Spiele haben. Wir haben erst gestern berichtet, daß die „Arbeitsgemeinschaften“ unter Führung diverser Kappisten in Schlesien noch immer in Bereitschaft stehen, um in dem Regentessel Oberschlesiens ihr reaktionäres Süsschen zu kochen.

Ein deutschnationaler Kläffer verboten.

Gera, 10. Oktober. (D.N.) Wie das Geräusche Tageblatt meldet, ist der Heimatbote, das Organ der Deutschnationalen, für die Zeit vom 9. bis 15. Oktober verboten worden.

Diktator Ludendorff.

Die verhängnisvolle Rolle Ludendorffs, des Hauptes der deutschen Gegenrevolution, während des Krieges zeichnet sich immer klarer heraus. Der Schleier lüftet sich über seiner verderbbringenden Tätigkeit, die das deutsche Volk unabwendbar zur Katastrophe führte. Er fühlte sich als ein Napoleon, und war nichts anderes als ein typisch preussischer General, dessen Horizont selten über den engen Kreis seiner Reglements hinaustritt. Daß Ludendorff trotzdem die Rolle des allmächtigen Diktators spielen konnte, der, eigensinnig niemand neben sich duldet, hat dem deutschen Volk mehr geschadet, als die langjährige Blockade der Alliierten. In seinen Entschlüssen ewig schwankend, erstarrte er nach edler Kommikart alle Friedensmöglichkeiten im Reime, bis er dann selbst diktatorisch das Hiszen der weißen Flagge befahl, als er das Ende seines Lateins unmittelbar kommen sah. Aber auch jetzt noch schwankend, schauderte er zurück, als Wilson das Fazit zog und aus dem nunmehr offen zugestandenen Zusammenbruche seine Forderungen formulierte. Die Herrschaft Napoleons brach zusammen, als er, auf der Höhe seiner Macht, seine Ideenwelt ins Angemessene spannte. Indes Napoleons ruhelofer Geist verfolgte mit der Verflüchtigung der Kontinentalispeere ein bestimmtes wirtschaftliches Prinzip, das ohnedies in der Richtung weltgeschichtlicher Entwicklung lag. Der Gedankenwelt Ludendorffs aber fehlte jede Einheitslichkeit, er war in seiner Entschlußfähigkeit dauernd wechselnden Eindrücken unterworfen und wenn er glaubte, den Bethmann, Kühlmann, den Michaelis und Hertling die Geleise des Handelns vorschreiben zu müssen, dann mangelte ihm völlig jene klare napoleonische Linie, die der historischen Entwicklung folgte. Ludendorff sah die Welt immer nur im Bereiche der Fährnisse, die er auf der Landkarte desjenigen Kriegsschauplatzes steckte, auf dem er gerade agierte. Die bulgarischen Hilferufe in den Tagen vor dem Zusammenbruche verhalten bei Ludendorff ungehört. Obwohl er die Gefahren kannte, vermochte er keinerlei Verstärkungen freizumachen. Erst als er durch die Logik der Ereignisse auf die schreckend verbreitende Gefahr hingewiesen ward, als das Ende einer ganzen Front gekommen war, die zwei seiner Verbündeten völlig erledigte und dem längst brüchigen Oesterreich den Todesstoß versehen mußte, rollten Erschütterungen heran. Unter dem niederschmetternden Eindruck der Ereignisse an der balkanischen Front hißte er selbst auf seinem Kriegsschauplatze die Fahne der Kapitulation, die er dann freilich gern verhüllen mochte, nachdem sich die verhängnisvollen Folgen dieses Schrittes nur allzu deutlich zeigten.

Durch Memoiren aller Art wurde der Lorbeer des einzigen Kriegsheros der alldeutschen Nationalisten bereits arg zerzaust. Das neue Werk Karl Friedrich Nowaks* ist ebenfalls nicht geeignet, Ludendorff in seinem Kriegsglänze neu erstrahlen zu lassen. Nowak stand nicht als Handlender auf exponiertem Posten, er war Zuschauer, in dessen Kopfe sich die Ereignisse auf seine Weise reflektierten. Sein Werk ist entstanden auf Grund authentischer Informationen, die er insbesondere vom General Hoffmann und dem einstigen Staatssekretär v. Kühlmann erhielt. Eben deswegen müssen die Kapitel seines umfangreichen Buches mit Reserve genossen werden, indes, sie verbreiten über die wichtigsten Phasen der deutsch-österreichischen Kriegspolitik so grelle Lichter, daß der Geschichtsschreiber an den Darstellungen Nowaks nicht vorübergehen darf. Von besonderem Interesse sind seine Beleuchtungen der Vorgänge von Brest-Litowsk, die Tragödie, die sich an den Namen v. Kühlmann knüpfte, sowie das Kapitel über die Ursachen des Zusammenbruches in Bulgarien.

Die Kenner der Verhältnisse, vor allem in der Doppelmonarchie, hatten schon längst den Glauben an den endgültigen Sieg verloren. Trotz Füllsäden und Kerker vermochten die Wirkungen des Hungers schon 1917 nicht mehr gebändigt werden. Die organisatorischen Fäden des österreichischen Hinterlandes glitten den Nachhabern aus den Händen. In allen Ecken des bunt zusammengewürfelten Völkergemisches garte und grollte es bedenklich. Die Selbstständigkeitsbestrebungen der unzähligen Völkerspitter posten gebieterisch an den Toren Oesterreichs. Sie fanden ihren Ausdruck, in dem Memorial Czernins, das durch die Hofkamarilla der Kaiserin Jita in die Hände Erzbergers gespielt ward. Es folgten die Sixtusbriefe, die Eljah-Lothringen preisgaben, den Verzicht auf Belgien erklärten und deren politische Auswirkungen auf die Alliierten von den deutschen Anexionisten nie völlig überwunden wurden. Die Sixtusbriefe waren, in ihren Folgen unüberlegt, der unmittelbare Ausdruck des Verfalls, der im Rahmen der schwarzen Grenzpfähle unabwendbar ward. Sie waren von dem Drang diktiert, die österreichische Monarchie aus den brandenden Wogen des Krieges auf die in nebelhafter Ferne liegenden Klippen des Friedens hinüber zu retten.

Graf Czernin kam nach Brest-Litowsk mit dem Auftrage, den Frieden im Osten unter allen Umständen zuwege zu bringen. Auch Deutschland brauchte den Frieden, vor allem

* Karl Friedrich Nowak: Der Sturz der Mittelmächte. Verlag Georg D. W. Callweg, München.